

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Reed'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Dieffinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Dieffinger in Neuenbürg.

Nr. 204

Donnerstag den 1. September 1932

90. Jahrgang

Deutsche Note über den Umbau der Reichswehr

Paris, 31. Aug. (Sta. Melbun.) Agence Havas berichtet: Der französische Botschafter in Berlin, Francois Pontet, hat dem französischen Außenminister die Denkschrift über die Reorganisierung der Reichswehr überreicht, die ihm Reichsaussenminister v. Neurath gestern im Namen der Reichsregierung übergeben hat.

Die Heberade dieses Dokuments, so heißt es in der Havas-Meldung weiter, stelle die erste offizielle Demarche Deutschlands dar, eine Erweiterung (clarification) des Status der Reichswehr zu erreichen.

Ein Mitglied des Kabinetts des Ministerpräsidenten Gerhart hat sich nach Eberburg begeben, um dem Ministerpräsidenten vor der Rückkehr nach Paris dieses Dokument zu unterbreiten.

gischer müsse Deutschland die Anerkennung des Grundgesetzes der Gleichberechtigung fordern. Man könne ein 65 Millionen-Volk, das für den kulturellen Fortschritt der Welt unendlich viel geleistet habe, auf die Dauer nicht als Paria behandeln. Was hätte Deutschland in einem Völkerbunde zu suchen, der es unter entwürdigendes Sonderrecht stelle?

Ein großes Volk, dessen Selbstbestimmungsrecht auf der Grundlage der Kriegsschuldfrage in den wichtigsten staatlichen Funktionen in unerträglicher Weise beschränkt worden sei, könne nicht zur Ruhe kommen. Ein Staat, der seinen Bürgern nicht die Sicherheit gegen äußere Bedrohung gewährleisten könne, bilde in den internationalen Beziehungen einen Faktor der Unsicherheit. Vorklagenwerte Entscheidungen im inneren Leben Deutschlands seien zum großen Teil die natürliche Folge der Fortdauer der Diskrimination des Friedensdiktats.

Auf die Frage, was der Minister praktisch unter Gleichberechtigung verstehe, erwiderte General von Schleicher u. a.: Deutschland beansprucht in bezug auf die Wehrverfassung, die Organisation und Einteilung seiner Streitkräfte, die Ausrüstung mit Waffen, die Landesbesetzung und die Waffenherstellung grundsätzlich die gleichen Rechte, die die anderen Staaten für sich in Anspruch nehmen. Wenn die anderen Mächte das deutsche Wehrsystem nicht nachahmen wollten, wie es im Sinne ihrer Abrüstungsversprechungen läge, dann müßten sie Deutschland den Umbau seiner Wehrmacht nach den Methoden zubilligen, die sie selbst als unerlässlich für ihre nationale Sicherheit betrachteten. Das deutsche Volk habe keine Luftwaffe, keine Kampanen, schwere Artillerie, Flugzeugabwehrgeschütze, die Marine keine U-Boote, Flugzeugträger, großen Kreuzer usw. Diese Waffen seien in Besitz aller Verteidigungsmittel erklärt worden, ohne sie könne also auch Deutschland keine nationale Sicherheit nicht erlangen. Auch in den Fragen der Landesbesetzung und der Waffenherstellung bestrebe ein unhaltbarer Widerstand.

Alle die Deutschland auferlegten Beschränkungen müßten entweder allgemeine Anwendung finden oder für Deutschland wegfallen. Der Umfang eines Umbaus der Reichswehr hänge also vom Grade des Abrüstungswillens der hochgerüsteten Staaten ab, wobei selbstverständlich der schwierigen Finanzlage des Reiches Rechnung getragen werden müsse.

Auf die Frage, welche Folgerungen die deutsche Regierung aus einer Ablehnung ihrer Gleichberechtigungsforderungen ziehen wolle, entgegnete der Minister:

Sie wird sich dann nicht mehr an den Arbeiten der Abrüstungskonferenz beteiligen. Was diese Nichtbeteiligung für die Existenz des Völkerbundes bedeutet, liegt auf der Hand. Die deutsche Regierung wird darüber hinaus durch den Bruch der Abrüstungsversprechungen seitens ihrer Vertragspartner gezwungen sein, die nationale Sicherheit auf nationalem Wege herzustellen, wenn es auf dem internationalen nicht möglich war.

Programmerklärung des Kanzlers kann noch nichts gesagt werden.

Wirtschaftsnotverordnung am Dienstag

Berlin, 31. Aug. (Eig. Meldung.) Wie wir erfahren, ist in der heutigen Kabinettsitzung nach dem Bericht des Reichskanzlers über den Besuch in Neudorf die Notverordnung über das Wirtschaftsprogramm beraten worden. Die endgültige Formulierung wird vom Kabinett Ende der Woche, wahrscheinlich am Samstag verabschiedet werden. Dann wird die Notverordnung dem Reichspräsidenten vorgelegt, sobald jetzt mit der Veröffentlichung im Lauf des Dienstag gerechnet wird.

Hindenburgs Antwort an Göring

Empfang erst in Berlin

Berlin, 31. Aug. (Eig. Meldung.) Wie wir erfahren, hat Reichspräsident von Hindenburg bereits auf das Telegramm des Reichstagspräsidenten Göring geantwortet. Der Reichspräsident dankt Herrn Göring für die Mitteilung über die Wahl und die Absicht des Präsidiums, ihn schon jetzt aufzusuchen. Der Reichspräsident fügt aber hinzu, daß er im Laufe der nächsten Woche doch wieder in Berlin sein werde und daß er den Besuch bis dahin aufzuschieben bitte.

Reichskanzler von Bapen zur Saarfrage

Berlin, 31. Aug. (Eig. Meldung.) Aus Anlaß der 12. Tagung des Bundes der Saarvereine am 11. September in Koblenz enthält das Bundesorgan, der „Saarfreund“, an erster Stelle ein Geleitwort des Reichskanzlers von Bapen, in dem es u. a. heißt: Zum ersten Male steht an der Spitze der Reichsregierung ein Saarländer. Aber ganz unabhängig von dem Zufalle der Heimat gehört es zu den wichtigsten Aufgaben meines Amtes, stets Ausschau zu halten nach der Möglichkeit einer baldigen Rückgliederung des Saargebietes. Daß das Saargebiet deutsch ist und deutsch bleiben will, hat die Bevölkerung in den zurückliegenden 13 Jahren der erzwungenen Abwanderung vom Vaterland bewiesen. Die Ausrückung der von dem Verfallener Vertrag diktierten 13jährigen Trennung von der Heimat war eine der überflüssigsten Bestimmungen. Die zunehmende Erkenntnis von der wahren Sachlage im Saargebiet und der wahren Stimmung der Bevölkerung läßt mich, ohne mich irgend welcher Illusionen hinzugeben, hoffen, daß es bald gelingen wird, das willkürlich geschaffene Saarproblem in einer Weise zu bereinigen, die den Wünschen der gesamten Bevölkerung und ganz Deutschlands entspricht.

Dr. Brüning und die NSDAP.

Berlin, 31. Aug. (Eig. Meldung.) Reichskanzler a. D. Dr. Brüning hat dem bekannten Publizisten Dr. Paul Rohrbach in München auf einen Brief, den Dr. Rohrbach zuvor in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht hatte, geantwortet. Dr. Brüning stellt in seiner Antwort u. a. fest, daß er seit Wochen von Persönlichkeiten, die nicht seiner Partei angehören, gebeten worden sei, eine Ansprache mit nationalsozialistischen Forderungen nicht abzulehnen. Er habe sich aber zu einer solchen Ansprache nicht entschließen können, solange Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und der Regierung geschwebt hätten, um die Verhandlungen nicht zu stören. Nunmehr aber habe sich auf ernste Bitten patriotisch denkender Männer zu einer Abklärung bereit erklärt.

Diese Ansprache habe der Feststellung dienen wollen, ob überhaupt eine Möglichkeit zur Bildung einer verfassungsmäßigen Regierung vorhanden sei. Das zu versuchen, sei für ihn auch Gewissenspflicht gewesen. Heute wie früher fühle er sich allen denen gegenüber, die den Reichspräsidenten gewählt hätten, verpflichtet, alles daran zu setzen, die Autorität des Herrn Reichspräsidenten zu festigen und das Betreten eines nicht verfassungsmäßigen Weges abzuwenden. Keine Spur von Erbitterung bestimme sein Handeln, sondern die Sorge um das Vaterland.

In der Verurteilung der Weimarer Vorgänge stimme er mit Dr. Rohrbach völlig überein. Im übrigen lagen die Verhandlungen selbst bei den Persönlichkeiten der Zentrumspartei, die ausschließlich für solche Verhandlungen vom Parteivorstand ernannt wurden.

Der Reichswehrminister gibt ein Interview

Deutschlands Wehrforderungen — Die Rolle des Völkerbundes

V. Bologna, 31. Aug. Reichswehrminister v. Schleicher hat dem Berliner Vertreter des „Revo del Carlino“ eine Unterredung gewährt. Auf die Frage, welches die grundsätzlichen Wünsche und Forderungen Deutschlands in der Abrüstungsfrage seien, erwiderte der Minister, Deutschland wünsche nach wie vor die allgemeine, entschiedene und schnelle Abrüstung. In diesem Punkte treffe sich Deutschland mit Italien, dessen Staatsmänner wiederholt und überzeugend den gleichen Standpunkt vertreten hätten. Nach einer kritischen Würdigung des Ergebnisses des ersten Abschnitts der Abrüstungskonferenz im Sinne des bekannten deutschen Standpunkts erklärte der Minister, er müsse heute schon mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß die Schuld für ein etwaiges Scheitern der Abrüstungskonferenz auf jene zurückzufälle, die den Zweck der Konferenz nicht in der Deckstellung gleicher nationaler Sicherheit aller Völker durch allgemeine Abrüstung sahen, sondern in der einseitigen Sicherung und Verewigung einer ungeredten Verteilung von Macht und Macht, die sich im letzten Jahrzehnt als Quelle allen Übels erwiesen habe.

Je weiter aber die Erfüllung des deutschen Wunsches nach allgemeiner Abrüstung hinausgeschoben werde, umso enger

Am Ende des politischen Burgfriedens

Keine Verlängerung

Politische Befriedung — Der Erfolg der Reichsregierung

Berlin, 31. Aug. (Eig. Meldung.) Es verdient registriert zu werden, daß heute am Mittwoch der politische Burgfriede abläuft. Die Reichsregierung hat ihn nicht verlängert; eine Verlängerung war auch ursprünglich nur für den Eventualfall in Aussicht genommen, daß die innerpolitische Situation sie dringend notwendig mache. Es ist aber zweifellos eine starke Beweiskraft in der Richtung zu verzeichnen, daß die politischen Terrortakte, Zusammenstöße und sonstigen Ausschreitungen bis zu einem Grade abgenommen haben, der mit dem Zustand zu Anfang des Monats August gar nicht zu vergleichen ist. Das wird in politischen Kreisen als ein Erfolg der Reichsregierung gewertet, der freilich kaum zu verzeichnen wäre, wenn mit der Aufgabe des Burgfriedens nicht auch die sehr energischen Maßnahmen verbunden gewesen wären, mit denen die Regierung gegen alle Störungen der öffentlichen Ruhe und Sicherheit vorgegangen ist. Im ganzen hat der Burgfriede während des gesamten Monats August gedauert. Das Reichskabinett hatte gleich nach der Wahl vom 31. Juli zunächst bis zum 10. August beschlossen, damit der Unruhe des Wahlkampfes zunächst einmal eine Periode der Befriedung folge. Die Ent-wicklung der Verhältnisse zwang aber zu der Verlängerung, von der nur der Verfassungstag ausgenommen wurde.

Lebtrigens wird sich die preussische Regierung wahrscheinlich am Freitag mit der Frage der Begnadigung der fünf Verurteilten von Weiden befassen. Ohne daß sachlichen Entscheidungen vorgegriffen werden kann, die entsprechend der Minister-schen Rede des Kanzlers nach Recht und Gerechtigkeit erfolgen soll, erwartet man in politischen Kreisen, daß die innere Befriedigung und Befriedung weitere Fortschritte machen wird, wenn auch die Weimarer Frage geregelt worden ist. Gleich am ersten Tage nach dem Ende des Burgfriedens werden die Nationalsozialisten in Berlin im Sportpalast eine große Kundgebung veranstalten, auf der auch Hitler sprechen soll. Gewiß wird die Versammlungstätigkeit nach dem Fortfall der ein-zigen Bestimmungen auch im ganzen wieder lebhafter werden. Die Parteien haben aber selbst ein Interesse daran, sie innerhalb eines sachlichen Rahmens abzuwickeln, damit die Reichsregierung nicht gezwungen ist, erneut zu einschränkenden Bestimmungen zu greifen.

Die Programmrede des Reichskanzlers vor dem Reichstag

Berlin, 31. Aug. Der genaue Zeitpunkt, an dem der Reichskanzler vor dem Reichstag seine umfassende Programmrede halten wird, steht, wie wir von unrichtigster Seite hören, noch nicht fest, nachdem mit dem Herrn Reichspräsidenten eine grundsätzliche Übereinstimmung in den großen politischen und wirtschaftlichen Fragen erzielt worden ist, wird der Reichskanzler sich mit dem Herrn Reichspräsidenten über alle politischen Fragen in Ablehnung halten und alle Einzelheiten von Fall zu Fall mit ihm durchsprechen. Der Eindruck, der aus Presse-meldungen entziehen könnte, als ob der Herr Reichspräsident für alle Einzelmaßnahmen gewissermaßen eine Blankovollmacht erteilt habe, ist hiernach nicht richtig. Ueber den Termin für Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und dem Reichstagspräsidenten zur Festsetzung des Tages der



Göring (NSDAP) der neue Reichstagspräsident



Eiser (Zentr.) erster Vizepräsident



Graf (DNVP) der zweite Vizepräsident

Aus Stadt und Land

Nachdruck der Lokalberichte ohne Quellenangabe untersagt

Neuenburg, 31. Aug. In später Abendstunde brachte der Musikverein am Dienstag seinem scheidenden Mitglied...

Neuenburg, 1. Sept. Ein freies Stückchen leisteten sich gestern mittag zwei 'Mäde' in der Wirtschaft zum Größel...

Neuenburg, 31. Aug. Von ausländiger Seite wird uns mitgeteilt: Im Bericht des 'Enztäler' Nr. 20 vom 29. August...

Betterbericht. Nach dem Abgang oceanischer Luft...

Calmbach, 29. Aug. Der Krieger- und Schützenverein veranstaltete am letzten Sonntag innerhalb des Vereins ein Preissschießen...

Zum Schulbeginn

Die Ferienzeit ist nun. Wenn der Stoppelwind weht, wachen Kinder und Schulkampern unseren Tuden und Mädchen...

Bauernregeln vom September

'An Maria Geburt fliegen die Schwalben fort', heißt es seit alterher vom 8. September, womit angedeutet ist, daß schon lange vor dem Eintritt des kaltemäßigigen Herbstes...

gut Tat'. - Wenn der September noch donnern kann, so legen die Bäume viel Blätter an. - Im September Gewitter, viel Schnee im März, ein reiches Kornjahr allerwärts...

Die Hebung des Verbrauchs an Enteneiern

Die Entenhaltung im Kleinen ist oft deshalb so wenig erfolgreich, weil erstens die Tiere von geringwertigem Stamm sind und zum zweiten ohne besondere Sorgfalt aufgezogen werden...

Württemberg

Freudenstadt, 31. August. (Auto-Unfall.) In der Nacht zum Montag geriet in der Nähe des Lindenhofes ein Stuttgarter Auto auf die jetzt unerleuchtete Weisse nach Leberfahren der Bohlenlinie...

Rohrau, 31. August. (Töblich überfahren.) Der 36 Jahre alte Landwirt Friedrich Schmidt fuhr mit einem mit Stroh beladenen Wagen am Dienstag vom Haus seines Vaters weg...

Ludwigsburg, 31. August. (Reichswehrtminister a. D. Gröner in seiner Vaterstadt.) Reichswehrtminister a. D. Generalleutnant Dr. Gröner hielt am Dienstag im Anschluss an einen Erholungsaufenthalt...

Stuttgart, 31. Aug. (Nachflug Richtung Berlin-Böblingen?) Wie die Südd. Zeitung erfährt, plant das Reichsverkehrsministerium von Berlin aus noch dem deutschen Süden eine Nachflugstrecke anzulegen...

Stuttgart, 31. August. (Spielplan der Württ. Landesbühnen.) Großes Haus: Sonntag, 4. September: Kienzl (Beginn 7 Uhr); Montag: Gerschloffen; Dienstag: Die Boheme (Beginn 8 Uhr)...

Göppingen, 31. Aug. (Milkfälscherin verurteilt.) Das Amtsgericht Göppingen verurteilte die in Bartenbach bei Göppingen wohnhafte verheiratete Milkfälscherin Rosine Ciment, geb. Steiner...

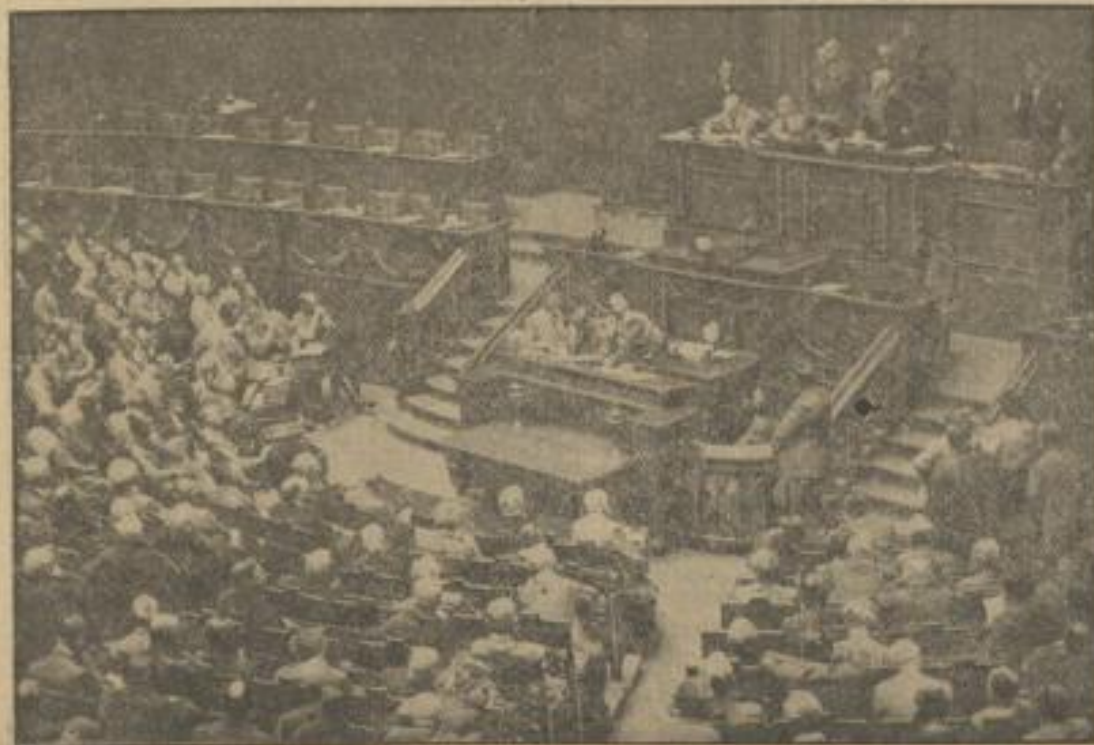
Lauterbach, 31. August. (Hirschjäger.) In den letzten Tagen waren hier zwei Fälle von Hirschjagd zu verzeichnen. Es handelt sich um zwei Frauen, eine ältere Landwirtin in Sulzbach...

Münchingen, 31. August. (Vom Truppenübungsplatz.) Seit 20. Aug. ist das ganze 13. (Württ.) Infanterie-Regiment zur Abhaltung von Schieß- und Gefechtsübungen hier versammelt...

Schweningen, 31. Aug. (Seitendokument. - Richtiglose Auto- und Motorradfahrer.) Von der 'Bergwacht', Abteilung Schworznach, wird geschrieben: Am 21. August wurde abends oberhalb Jorten ein Mann und eine Frau von einem in Richtung Donau...

Zweiter Tag der Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins

Stuttgart, 30. Aug. Der heutige zweite Tag der Hauptversammlung des Deutschen Forstvereins war mit wissenschaftlichen Teilveranstaltungen ausgefüllt. Die erste Reihe der Vorträge begann Dozentprofessor Dr. Raab (Dresden-Darandt) mit einem Bericht über die wirtschaftliche Lage...



Blick auf die Reichstagsgigung während der Eröffnungssprache der Alterspräsidentin Klara Jethin



